

Meinungsdifferenzen über die Rechtsform..

Privatisierung der Rüstungsbetriebe nicht überstürzen

Als neuer Vorsteher des Militärdepartementes empfing Bundesrat Adolf Ogi eine Delegation des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe - dem auch der VPOD angehört - zu einem Antrittsbesuch. Die neue Rechtsform der Rüstungsbetriebe stand im Zentrum der Aussprache.

Das Eidgenössische Militärdepartement will die Rüstungsbetriebe in gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaften umwandeln.

Neu: privates Arbeitsrecht

Im Klartext: Die Rüstungsbetriebe sollen privatisiert werden. Die neue Rechtsform soll den Rüstungsbetrieben Allianzen ermöglichen und über Beteiligungen, Gründung von Tochtergesellschaften sowie andere Formen der Zusammenarbeit mit Dritten das Know-how sichern und gleichzeitig Arbeitsplätze erhalten.

Für das betroffene Personal bedeutet dies: Abschaffung des Beamtenstatus, die neuen Anstellungen würden dem privaten Arbeitsrecht entsprechen.

Selbstverständlich ist gegen die Bemühung der vermehrten Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft nichts einzuwenden. Können damit Arbeitsplätze gesichert werden, umso besser. Die Gewerkschaften dürfen sich den notwendigen Veränderungen nicht verschliessen. Der Föderativverband hat sich aber gegenüber Bundesrat Ogi deutlich gegen eine Privatisierung der Rüstungsbetriebe ausgesprochen. Die Ziele, nämlich die Erhaltung der Rüstungsbetriebe und der Arbeitsplätze, sind auch mit einer spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft des öffentlichen Rechtes zu erreichen.

Als wichtigste Eckwerte gelten für den Föderativverband die Beibehaltung der öffentlich-rechtlichen Anstellung des Personals, der Verbleib des Personals in der Pensionskasse des Bundes und der Verzicht auf Wiederwahlvorbehalte für die Amtsdauer 1997 bis 2000. Diese Lösungsansätze werden in einem Ausschuss, in welchem der VPOD vertreten ist, genauer analysiert.

Die grundsätzlichen Meinungsdifferenzen über die neue Rechtsform der Rüstungsbetriebe stehen damit im Raum. Die mit Bundesrat Ogi und Rüstungschef Wicki geführten Aussprachen können als konstruktiv und wertvoll bezeichnet werden. Die Nagelprobe steht jedoch mit der politischen Umsetzung noch bevor.

Hanspeter Lienhart.

Der öffentliche Dienst, 26.1.1996.

Personen > Lienhart Hanspeter. Rüstungsindustrie. Privatisierung. OeD, 1996-01-26

